

Klaus Schubert · Martina Klein

Das Politiklexikon

Begriffe · Fakten
Zusammenhänge



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0600-0

8., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, 2021

Copyright © 2021 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Konzeption: Dr. Ralph Angermund, Dr. Martina Klein,
Prof. Dr. Andreas Kost, Prof. Dr. Klaus Schubert

Satz und Layout:

Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg

Tabellen, Diagramme, Grafiken:

Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg
[Nach Entwürfen und Vorgaben von Martina Klein und Klaus Schubert]

Weltkarte S. 206/207:

© intermap | Ingenieurbüro für digitale Kartographie, Karlsruhe

Karten Umschlaginnenseiten:

U2: © U. Lohoff-Erlenbach, Bonn · U3: © Gerd Kempken, Marburg

Umschlagentwurf: Groothuis, Lohfert, Consorten, Hamburg

Umschlaggestaltung: Antje Haack 1 Lichten, Hamburg

Druck und Verarbeitung: Plump Druck & Medien GmbH, Rheinbreitbach

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2021

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

Vorwort	7
Benutzungshinweise	9
Abkürzungsverzeichnis	11
Lexikonartikel	15

Serviceteil

Zeitleiste zur politischen Geschichte Deutschlands ab 1945 ...	391
Zeitleiste zur Geschichte der europäischen Integration	401
Zur Autorin • Zum Autor	407

Vorwort

Das Politiklexikon ist auf den aktuellen Informationsbedarf politisch interessierter und politisch aktiver Leser und Leserinnen zugeschnitten. Es wurde für diese achte Auflage vollständig überarbeitet, aktualisiert und erweitert. Es bemüht sich um eine verständliche Sprache und wird durch übersichtliche Tabellen, Grafiken und Karten ergänzt. Das Politiklexikon setzt den Schwerpunkt auf die Politik in Deutschland und der Europäischen Union. Im Mittelpunkt stehen Stichwörter

- zu Deutschland und deutscher Innenpolitik,
- zu regionalen, kommunalen und anderen Ebenen der politischen Selbstverwaltung und Selbstorganisation,
- zu politischen Parteien und Verbänden,
- zu Politikfeldern wie Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Industrie- und Strukturpolitik, Finanz-, Steuer- und Haushaltspolitik, zu sozialen Problemen, zur Familie, zur Umweltpolitik und zum Cyberwar sowie zu Recht und Gesetz,
- zur Europäischen Union und europäischen Entwicklung,
- zur Außenpolitik und internationalen Politik sowie
- zur deutschen Geschichte und politischen Ideengeschichte.


Das Politiklexikon bietet darüber hinaus Informationen zu wichtigen Staaten dieser Erde: zu den sog. G-7-Staaten, zu Russland, China, zu den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und zu allen unmittelbaren Nachbarstaaten der EU. Weiterhin werden die 16 deutschen Bundesländer ausführlich dargestellt. Am Ende des Lexikons befindet sich eine Zeitleiste zur politischen Geschichte Deutschlands nach 1945 und eine Zeitleiste zur Geschichte der europäischen Integration. Bei der Arbeit an diesem Lexikon haben uns in den vergangenen über 20 Jahren sehr, sehr viele Freunde, Kommentatoren, Kritiker und Institutionen mit Rat und Tat zur Seite gestanden. An dieser Stelle können wir uns freilich nur recht anonym für diese Unterstützungen, Korrekturen und Erweiterungen bedanken. Andererseits dürfte unseren Lesern und Leserinnen recht schnell deutlich werden, dass ein Lexikon ohne diese Art von Hilfe, Rückkoppelung und Austausch nicht aktuell bleiben kann. Wir wissen um den Stellenwert sprachlicher Regelungen und haben es uns daher nicht leicht gemacht, jedoch war eine Lösung für den Umgang mit weiblichen und männlichen Formen innerhalb der Texte zu finden, schwierig. Eine Möglichkeit, die dem gleichberechtigten Anspruch und gleichzeitig der Lesbarkeit der Texte gerecht wird, haben

wir nicht gefunden. Die Lösung, für die wir uns schließlich entschieden haben, wird hoffentlich nicht nur uns, sondern auch die Leserinnen und Leser zufriedenstellen.


Münster, im Herbst 2021

Martina Klein & Klaus Schubert

Benutzungshinweise

Die Stichwörter sind in alphabetischer Reihenfolge geordnet, wobei wie allgemein üblich, ä wie a, ö wie o und ü wie u eingeordnet sind. Werden in den einzelnen Artikeln Stichwörter genannt, die einen eigenständigen Eintrag im Politiklexikon haben, sind sie bei der ersten Nennung mit dem Verweis  gezeichnet.

Wird der Artikelbegriff im Artikeltext wiederholt, so steht seine Initiale als Abkürzung für Singular, Plural und alle Flexionen.

Leider mussten wir im Abkürzungsverzeichnis ( S. 11 f.) auf abgekürzte Namen, technische Bezeichnungen und Institutionen verzichten, weil die Masse an gebräuchlichen Abkürzungen jeden Rahmen gesprengt hätte. Diese finden sich daher an der jeweils alphabetisch korrekten Stelle in den Stichwörtern.

Für Anregungen oder Kritik zu diesem Lexikon, positiv, negativ, korrektiv, supportiv oder appellativ wenden Sie sich bitte an:

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Redaktion *Politiklexikon*
Dreizehnmorgenweg 24
53175 Bonn
E-Mail: alexander.behrens@dietz-verlag.de

Aktuelle Informationen über Behörden, Organisationen und Parteien stehen in aller Regel im Internet zur Verfügung.

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz	EST	Estland
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union	etc.	et cetera/und so weiter
AG	Aktiengesellschaft	EU	Europäische Union
ALB	Albanien	EUV	Vertrag über die Europäische Union
allg.	allgemein	evtl.	eventuell
amerik.	amerikanisch	FIN	Finnland
AND	Andorra	FRA	Frankreich
angloamerik.	angloamerikanisch	franz.	französisch
Art.	Artikel	GBR	Großbritannien
ASEAN	Association of South-East Asian Nations	GG	Grundgesetz (der Bundesrepublik Deutschland)
AUT	Österreich	ggf.	gegebenenfalls
BA	Bundesagentur für Arbeit	Ggs.	Gegensatz
BB	Brandenburg	Ggt.	Gegenteil
BE	Berlin	GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
BEL	Belgien	GRC	Griechenland
BGR	Bulgarien	GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
BIH	Bosnien und Herzegowina	griech.	griechisch
BIP	Bruttoinlandsprodukt	GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
BLR	Weißrussland	HB	Bremen
bspw.	beispielsweise	HE	Hessen
BW	Baden-Württemberg	HH	Hamburg
BY	Bayern	hist.	historisch
bzw.	beziehungsweise	HRV	Kroatien
ca.	circa/zirka	HUN	Ungarn
CAN	Kanada	i. d. F. v.	in der Fassung von
CHE	Schweiz	i. d. R.	in der Regel
CHN	China	i. e. S.	im engeren Sinne
CYP	Zypern	i. S. d.	im Sinne des
CZE	Tschechische Republik	i. S. v.	im Sinne von
d. h.	das heißt	i. w. S.	im weiteren Sinne
DDR	Deutsche Demokratische Republik (1949–1990)	inkl.	inklusiv(e)
DEU	Deutschland	insb.	insbesondere
diplomat.	diplomatisch	IRL	Irland
DNK	Dänemark	ISL	Island
dt./Dt.	deutsch/Deutsch	ISR	Israel
e. V.	eingetragener Verein	ITA	Italien
EG	Europäische Gemeinschaft	ital.	italienisch
Einw.	Einwohner	Jh./Jhs.	Jahrhundert/s
engl.	englisch		
ESP	Spanien		

JPN	Japan	SMR	San Marino
lat.	lateinisch	SN	Sachsen
LTU	Litauen	sog.	sogenannt
LUX	Luxemburg	soziolog.	soziologisch
LVA	Lettland	span.	spanisch
MCO	Monaco	spez.	speziell
MDA	Moldau	SRB	Serbien
mind.	mindestens	ST	Sachsen-Anhalt
Mio.	Million(en)	staatsrechtl.	staatsrechtlich
MKD	ehemals Mazedonien, jetzt NMK	SVK	Slowakei
MLT	Malta	SVN	Slowenien
MNE	Montenegro	SWE	Schweden
Mrd.	Milliarde(n)	TH	Thüringen
MV	Mecklenburg-Vorpommern	TUR	Türkei
NATO	Nordatlantikpakt (North At- lantic Treaty Organization)	u.	und
NI	Niedersachsen	u. a.	und andere
NLD	Niederlande	UdSSR	Union der Sozialisti- schen Sowjetrepubliken (1922–1991)
NMK	Nordmazedonien	ugs.	umgangssprachlich
NOR	Norwegen	UKR	Ukraine
NRW	Nordrhein-Westfalen	UN	Vereinte Nationen (United Nations)
o. ä.	oder ähnlich	USA	Vereinigte Staaten von Amerika (United States of America)
o. Ä.	oder Ähnliches	v.	von
ökonom.	ökonomisch	v. a.	vor allem
POL	Polen	völkerrechtl.	völkerrechtlich
pol.	politisch	volkswirt- schaftl.	volkswirtschaftlich
PRT	Portugal	wirtschaftl.	wirtschaftlich
rechtl.	rechtlich	wissenschaftl.	wissenschaftlich
RKS	Kosovo	z. B.	zum Beispiel
ROU	Rumänien	z. T.	zum Teil
RP	Rheinland-Pfalz	z. Zt.	zurzeit/zur Zeit
RUS	Russland		
russ.	russisch		
SH	Schleswig-Holstein		
SL	Saarland		

Lexikonartikel

Abberufbarkeit

A. bezeichnet das Recht einer Wählerschaft, gewählte Mitglieder der Legislative, Exekutive oder Judikative vor Ablauf ihrer Amtsperiode abzuwählen oder abzurufen. A. ist bspw. in den Verfassungen verschiedener US-amerikanischer Einzelstaaten vorgesehen.

Abberufung

Die A. des obersten diplomatischen Vertreters eines Staates aus einem anderen Staat bedeutet im internationalen diplomatischen Verkehr den Abbruch der zwischenstaatlichen Beziehungen, es sei denn, die A. ist in der Person des Repräsentanten begründet.

➔ Diplomatie

ABC-Waffen

Sammelbezeichnung für atomare, bakteriologische (bzw. biologische) und chemische Waffen. In internationalen Verträgen hat sich DEU verpflichtet, ABC-Waffen weder herzustellen noch zu erwerben oder zu verbreiten.

➔ Zwei-plus-Vier-Vertrag

Abgaben

Sammelbezeichnung für alle von Bund, Ländern und Kommunen erhobenen Steuern, Zölle und Gebühren sowie die Pflichtbeiträge zu den Sozialversicherungen.

➔ Soziale Sicherung

Abgeordnete

1) Vom Volk durch unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen gewählte Repräsentanten, die in den Parlamenten moderner Demokratien Vertreter des gesamten Volkes sind und mit keinerlei Aufträgen oder Weisungen (z. B. aus der Partei oder dem Wahlkreis) gebunden werden können

(Art. 38 Abs. 1 GG). Dieser Freiheit des A. steht faktisch (zumindest in den parlamentarischen Demokratien) die Fraktionsdisziplin gegenüber. Zur ungehinderten Ausübung ihres Amtes sind die A. durch Immunität, Indemnität und den Bezug von Diäten gesichert. Die A. einer Partei oder gleicher politischer Überzeugung schließen sich in den Parlamenten zu Fraktionen oder Gruppen zusammen. Der wichtigste Teil der A.-Arbeit findet in sog. Arbeitsparlamenten nicht in den Plenarsitzungen, sondern in den Parlamentsausschüssen und Fraktionen statt. (Ggt.: Redeparlament)

2) In nicht demokratischen Systemen dienen die (z. T. von den Machthabern ernannten) A. der (Schein-) Legitimation des Regimes, sind in ihren Entscheidungen nicht frei und haben v. a. die Aufgabe, die autoritär getroffenen Entscheidungen an die Bevölkerung weiter zu vermitteln.

➔ Parlamentarisches Regierungssystem
➔ Repräsentative Demokratie

Abgeordnetenhaus

1) Bezeichnung für das Landesparlament des Bundeslandes bzw. Stadtstaates Berlin.

2) Bezeichnung für das Unterhaus in einigen Staaten (u. a. in Bosnien und Herzegowina sowie in der Tschechischen Republik).

➔ Parlament

Abhängigkeit

1) A. bedeutet Unselbstständigkeit bzw. das Angewiesensein auf bestimmte Leistungen, Unterstützungen, Erlaubnis etc. von Personen, Institutionen oder (in der internationalen Politik) von anderen Ländern.

2) In der Entwicklungsländerforschung bezeichnet A. (auch: Dependenz)

Leitbilder und Bedingungen, die es
➡ Entwicklungsländern auf Dauer nicht erlauben, Entwicklungshemmnisse zu überwinden und Entwicklungsrückstände aufzuholen. Erst diese strukturelle (kolonialhistorische oder aus den Weltmarktbedingungen resultierende) A. führt zu (permanenter) Unterentwicklung und (dauerhafter) A.

➡ Emanzipation ➡ Kolonialismus ➡ Nord-Süd-Konflikt

Abkommen

Übereinkunft zwischen zwei oder mehreren vertragschließenden Personen oder ➡ Parteien. *Staatsrechtl.*: ➡ Vertrag zwischen ➡ Staaten; die ➡ Europäische Union kann Vertragspartner sein.

➡ Recht

Ablaufpolitik

➡ Prozesspolitik ➡ Wirtschaftspolitik

Abrüstung

A. bezeichnet alle Maßnahmen, die geeignet sind, die vorhandenen militärischen Machtmittel (Soldaten, Waffen, Ausrüstung) zu kontrollieren (Rüstungskontrolle) und teilweise bzw. vollständig abzuschaffen (Abrüstung i. e. S.), um damit zur Verminderung der internationalen Kriegsgefahr bzw. zur Verhinderung militärischer Konflikte beizutragen. Obwohl es bereits früh, v. a. nach den Kriegen mit Massenvernichtungswaffen, umfangreiche A.-Bemühungen gab [z. B. die Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 (➡ Haager Abkommen), die Vereinbarungen der Völkerbundsatzung 1919, die A.-Konferenz des ➡ Völkerbundes 1932/34], konnten Phasen dramatischer Aufrüstung nicht verhindert werden. Erst nach dem Zweiten ➡ Weltkrieg

und mit der Entwicklung von Atomwaffen, welche die Selbstvernichtung der gesamten Menschheit befürchten ließen, wurden einige wichtige internationale und ➡ bilaterale Verträge abgeschlossen (z. B. die Atomteststoppabkommen 1963 und 1976, der ➡ Atomwaffensperrvertrag von 1970, das Verbot bakteriologischer und chemischer Waffen 1972), die allerdings die massive Aufrüstung während des sog. Kalten Krieges und der Ost-West-Auseinandersetzungen nicht hemmen konnten. In einer Serie von ➡ Verhandlungen zwischen ➡ NATO und ➡ Warschauer Pakt (z. B. den MBFR-Verhandlungen zur beiderseitig ausgewogenen Truppenreduzierung seit 1973) bzw. in bilateralen Verträgen (SALT I 1972) und Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR (z. B. zur Begrenzung bzw. Reduzierung der strategischen Atomwaffen SALT II seit 1973 und START seit 1982) wurde ebenfalls versucht, auf friedlichem Wege A.-Prozesse einzuleiten. In neuem Umfang und mit Aussicht auf Dauerhaftigkeit wurden A.-Schritte erstmals im Zuge der ideologischen Öffnung und politisch-ökonomischen Transformation des ehemaligen ➡ Ostblocks möglich. Beginnend mit der ➡ Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1973 in Helsinki und der Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen in Europa (KVAE) 1984 in Stockholm und weiteren KSZE-Nachfolgeverhandlungen wurden die Grundlagen für eine europäische Sicherheitsordnung gelegt. Nach dem Ende des Warschauer Paktes haben sich die A.-Bemühungen weitgehend auf die Bühne der ➡ Vereinten Nationen (UN) verlagert.
➡ Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Abschiebung

A. bezeichnet die zwangsweise (und ggf. mit Zwangsmitteln) durchgesetzte

- Ausweisung von ➤ Ausländern/ Ausländerinnen aus DEU, die keine Aufenthaltsberechtigung bzw. -erlaubnis haben.

➤ Auswanderung ➤ Migration

Abschreckung

Politische ➤ Doktrin und militärische

- Strategie, die das Ziel hat, den
- Frieden dadurch zu erhalten, dass mögliche Gegner das Risiko eines eigenen Angriffs aufgrund der für sie nicht kalkulierbaren Folgen als zu hoch einschätzen und daher darauf verzichten. A. war die zentrale politisch-militärische Strategie der ➤ NATO bis zur politisch-ideologischen Öffnung und Transformation des ➤ Ostblocks.

Absolute Mehrheit

➤ Mehrheit

Absolutismus

Politische Herrschaftsform, bei der eine einzelne Person, i. d. R. der Monarch (➤ Monarchie), vollständig über die souveräne Ausübung aller ➤ Staatsgewalt verfügt, zugespitzt in dem Ausspruch Ludwig XIV.: »Der Staat bin ich.« Der A. entwickelte sich nach Ende des Dreißigjährigen Krieges (1648) und bis zur ➤ Französischen Revolution (1789) auf dem europäischen Kontinent als wichtigste Herrschaftsform. Er basiert auf der Idee der Herrschaft von Gottes Gnaden. Während des A. wurde die Ausübung der ➤ Herrschaft durch den Aufbau von staatlichen Bürokratien zur ➤ Modernisierung von ➤ Verwaltung und ➤ Militär gefestigt. Mit dem Aufkommen des A. wurde auch die Idee einer unumschränkten staatlichen ➤ Souveränität entwickelt. Damit führte

der A. nach innen zu einer Entmachtung der ➤ Stände und dem Niedergang des ➤ Feudalismus und war nach außen mit dem Bemühen um territoriale Integration und machtpolitische Expansion des eigenen Staatswesens verbunden. Staatliche Integrität und Souveränität sind die wichtigsten Grundlagen für die Herausbildung moderner ➤ Nationalstaaten.

➤ Gewaltenteilung ➤ Politische Ideengeschichte

Abstimmung

Verfahren zur ➤ Entscheidung von Sachfragen durch Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Die A. kann mit oder ohne namentlichen Aufruf, öffentlich (z. B. Handzeichen, ➤ Akklamation, ➤ Hammelsprung) oder geheim (mittels Stimmzettel) erfolgen. A. können auch als ➤ Volksabstimmung stattfinden. A.-Verfahren sind im privaten und wirtschaftlichen Bereich (➤ Vereine, Organisationen, Kapitalgesellschaften) üblicherweise durch eine ➤ Geschäftsordnung oder ➤ Satzung festgelegt, die teilweise auf gesetzlichen Vorschriften basieren; im öffentlichen Bereich (➤ Parlament, Volks-A.) sind sie durch ➤ Verfassungen oder ➤ Gesetze, aber auch im Rahmen parlamentarischer Geschäftsordnungen geregelt.

➤ Demokratie ➤ Mehrheit ➤ Wahlen

Abstrakte Normenkontrolle

➤ Normenkontrolle

Abwertung

➤ Geld- und Kreditpolitik

Adaption

➤ Anpassung

Administration

➤ Verwaltung